

Soziale Aufsteiger wählen sozialdemokratisch

Autor(en): **Krebs, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339507>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Soziale Aufsteiger wählen sozialdemokratisch



Im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit, die sich unter anderem mit dem Kommunikationsverhalten und mit den *Parteipräferenzen von Mittelschulabsolventen unterschiedlicher sozialer Herkunft* befasst, bin ich auf ein interessantes Phänomen politischer Sozialisation gestossen: *Soziale Aufsteiger rebellieren gegen die parteipolitische Farbe ihrer (bürgerlich wählenden!) Väter und wählen sozialdemokratisch.* Die Untersuchung bezieht sich auf zwanzigjährige Männer. Die Daten wurden in Rekrutenschulen erhoben. Frauen sind deshalb in die Untersuchung nicht einbezogen¹.

Die Familie — Pflanzstätte politischer Orientierungen

Politische Einstellungen entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie werden vielmehr durch das politische Klima, das den einzelnen umgibt, geprägt. An diesem lebenslangen Prozess, den man als «politische Sozialisation» bezeichnet, sind unter anderem Elternhaus, Schule, Freundeskreis, Arbeitsplatz und Massenmedien massgeblich beteiligt. Die *Familie* ist zwar nur *eine* der Pflanzstätten politischer Orientierungen, aber, wie zahlreiche Untersuchungen zeigen, eine der wichtigsten. Der Politologe *Daniel Frei* hat auf Grund einer vor einigen Jahren durchgeführten Enquête nachweisen können, dass sich der heranwachsende männliche Jugendliche sehr weitgehend an den politischen Einstellungen seines *Vaters* orientiert («Wir und die Welt», Bern 1974). Laut Freis Untersuchungsergebnissen tritt der Einfluss der (politisch meist weniger interessierten) Mutter deutlich hinter demjenigen des *Vaters* zurück.

Wie nun auch eine neuere Befragung zwanzigjähriger Schweizer aller Bildungsniveaus zeigt, stimmen die politischen Interessen von Vater und Sohn tatsächlich sehr weitgehend miteinander überein: Politisch interessierte Jungbürger haben politisch interessierte Väter. Und rund zwei Drittel der jungen Männer, die mit einer bestimmten Partei sympathisieren, tref-

¹ Die hier diskutierten Daten sind einer Spezialauswertung des Datensatzes der Rekrutenbefragung 1973 entnommen: Bretscher, G., Krebs, H., und Padrutt, Chr. †: Gespräch und Information. Zum Kommunikationsverhalten junger Schweizer. Verlag Sauerländer, Aarau und Frankfurt am Main 1976.

fen diesbezüglich die gleiche Wahl wie ihre Väter. Es ist wohl nicht zuletzt auch dieser «vererbten» Parteitreue zuzuschreiben, dass es hierzulande kaum je zu politischen Erdrutschen kommt, sondern recht stabile Machtverhältnisse die politische Landschaft charakterisieren.

In den nachstehenden Ausführungen geht es *nicht* um Parteimitgliedschaften, sondern lediglich um Parteipräferenzen, wie sie aus den Antworten auf die Frage «Welche Partei, glauben Sie, vertritt Ihre persönlichen Anliegen am ehesten?» hervorgehen. Die Daten stammen aus dem Jahre 1973, also aus der Zeit *vor* der wirtschaftlichen Rezession. Erfahrungen aus ähnlichen Untersuchungen zeigen, dass die sozialwissenschaftlichen *Gesetzmässigkeiten*, wie sie hier – auf Grund der 73er Daten als Interpretationsbasis – diskutiert werden, einem relativ langsamen Wandel unterliegen, also während längerer Zeit ihre Gültigkeit beibehalten. Zudem interessiert hier nicht der (schon eher konjunkturabhängige) einzelne Zahlenwert als solcher, sondern der aus den verschiedenen Werten resultierende *statistische Zusammenhang*.

Unterschiedliche «Vererbung» der Parteilfarbe

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, haben die jungen Anhänger bürgerlicher Parteien mit grosser Mehrheit die Präferenz ihrer Väter übernommen (vgl. dazu die **halbfett** gesetzten Prozentwerte in der Diagonalen der Tabelle). Mindestens drei Viertel der jungen Sympathisanten der FDP, der CVP und der SVP bekennen sich zur Partei ihrer Väter. Aber nur 50 Prozent der jungen SP-Anhänger. Das heisst: Viele SP-Jungwähler sind «Abtrünnige» eines andern parteipolitischen Lagers. Ihre Väter wählen bürgerlich.

Tabelle 1 Die Parteipräferenzen von Vater und Sohn

Jungbürger (Männer)						
Vater	SP %	FDP %	CVP %	SVP %	andere %	keine %
SP	50	5	3	1	14	10
FDP	19	75	4	5	12	21
CVP	11	7	82	5	12	21
SVP	5	2	2	78	8	9
andere	10	5	4	7	42	13
keine	5	6	5	4	12	26
	100	100	100	100	100	100

Zur Lesart der Tabelle: Die Väter jener Jungbürger, die die SP als Parteipräferenz aufführen (erste Kolonne), stehen zu 50 Prozent der SP nahe, zu 19 Prozent der FDP, zu 11 Prozent der CVP, zu 5 Prozent der SVP usw.

Hingegen stammen nur sehr wenig bürgerliche Jungwähler aus SP-Kreisen. Auffallend ist auch, dass zwischen den drei grossen bürgerlichen Par-

teien kein «Austausch» stattfindet: Die innerhalb des Bürgerblocks vom Vater zugunsten einer bestimmten Partei einmal getroffene Wahl wird fast durchweg vom Sohn übernommen, sofern dieser nicht zur SP wechselt.

Die Ideologische Alternative

Dass die ideologische Alternative «Bürgerblock oder Sozialdemokratie» heisst, geht auch aus der Selbsteinstufung der befragten jungen Männer auf der traditionellen politischen Links-rechts-Skala hervor (vgl. Tabelle 2): Jungbürger, die der FDP, der CVP oder der SVP nahestehen, ordnen sich mehrheitlich in der Mitte oder *rechts* davon ein, wobei die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien nur gering sind. SP-Anhänger bezeichnen überdurchschnittlich oft eine Position *links* der Mitte. Der sogenannte *Median*, das heisst der Grenzwert, der die Anhänger der einzelnen Parteien in zwei jeweils gleich grosse Gruppen teilt, liegt bei den bürgerlichen Parteien rechts, bei der SP erwartungsgemäss links der Mitte.

Tabelle 2 Selbsteinstufung auf der politischen Links-rechts-Skala

	Parteipräferenz der Jungbürger (Männer)			
	SP %	FDP %	CVP %	SVP %
<i>Politische Selbsteinstufung</i>				
ganz links	6	2	1	2
eher links	32	8	3	3
in der Mitte	25	29	35	31
eher rechts	12	25	20	17
ganz rechts	2	4	6	3
Kann mit dem Schema von «links» und «rechts» nichts anfangen	23	32	35	44
	100	100	100	100

Die jungen SP-Anhänger sind sich ihres persönlichen politischen Standorts am ehesten bewusst: Nur ein knappes Viertel kann sich im traditionellen Links-rechts-Schema nicht einordnen. Demgegenüber fällt auf, dass von den vor allem in ländlichen Gegenden beheimateten SVP-Sympathisanten nahezu die Hälfte mit dem Schema nichts anzufangen weiss.

Trend zur SP

Seit ein paar Jahren ist trotz Ausbleiben eigentlicher Erdrutsche ein leichter Trend der Wählerstimmen nach *links* festzustellen. Die Sozial-

demokraten bekamen bei den letzten Nationalratswahlen neun zusätzliche Sitze und gewannen seither auch in verschiedenen Kantons- und Gemeindeparlamenten an Boden. Selbstverständlich kommen solche Verschiebungen zugunsten der einen oder andern Partei in erster Linie durch sogenannte «Wechselwähler» zustande, das heisst durch Bürger, die sich von ihrer bisher favorisierten Partei ab- und einer neuen Partei zuwenden. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, dass in den letzten Jahren etliche *Erstwähler* zu diesem leichten Linksrutsch beigetragen haben. Es ist zudem der Trend zu beobachten, dass sich immer mehr *junge Intellektuelle* der Sozialdemokratischen Partei zuwenden.

Vor diesem Hintergrund interessiert deshalb ganz besonders, welche Parteifarbe von *Mittelschulabsolventen* zum Favoriten erhoben wird. Um es gleich vorwegzunehmen: Der Bildungsstatus des Jungbürgers ist für seine Parteifarbe nicht allein entscheidend. Auf seine soziale Herkunft kommt es ebenso an.

«Aufsteiger» und «Stabile»

Wir unterscheiden im folgenden zwei «Mobilitätstypen» voneinander: einerseits die «Stabilen» (Mittelschulabsolventen aus Akademikerfamilien) und andererseits die «Aufsteiger» (Mittelschulabsolventen aus Nichtakademikerfamilien, das heisst aus Gewerbe-, Angestellten- und Arbeiterkreisen). Also zweimal junge Männer des gleichen Bildungsniveaus (Mittelschule), aber unterschiedlicher sozialer Herkunft.

Um nun die unterschiedliche Wahl der Parteifarbe als *Konsequenz* der unterschiedlichen Herkunft nachweisen zu können, müssen zuerst einmal andere Faktoren überprüft werden, die möglicherweise diese Wahl bestimmen: Stadt-Land-Gegensätze oder die Konfession zum Beispiel. Einflüsse dieser Faktoren können hier indessen mit Bestimmtheit ausgeschlossen werden: Stadt und Land, Protestanten und Katholiken sind in beiden Befragengruppen annähernd gleich stark vertreten. Die beiden Gruppen unterscheiden sich lediglich hinsichtlich des sozioökonomischen Familienstatus: Die «Aufsteiger» hatten in ihrer Jugend mit mehr finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen als die «Stabilen». Das bedeutet, dass diejenigen Mittelschulabsolventen, die wir den sozialen Aufsteigern zurechnen, nicht nur bezüglich des elterlichen Bildungsniveaus, sondern auch bezüglich des Einkommensstatus ihrer Herkunftsfamilie benachteiligt sind.

SP-Jungwähler, bürgerliche Väter

Wie wirkt sich nun diese unterschiedliche soziale Herkunft auf die Parteipräferenzen von Mittelschulabsolventen aus? Schränken wir den Befragtenkreis auf jene Mittelschüler ein, die sich auch tatsächlich zu einer bestimmten Partei bekennen, sieht das Ergebnis folgendermassen aus (vgl. Tabelle 3): 45 Prozent der befragten «Aufsteiger», aber nur 26 Prozent der «Stabilen» sehen ihre Interessen am ehesten durch die Sozialdemokra-

tische Partei vertreten. Die Tabelle zeigt auch, dass «Aufsteiger» sich überdurchschnittlich oft von der Parteiwahl ihrer Väter distanzieren.

Tabelle 3 Sozialer Aufstieg und Parteipräferenz

Parteipräferenz		Aufsteiger ¹	Stabile ²
Mittelschulabsolvent	Vater	%	%
SP	SP	14	9
	Bürgerblock ³	27	14
	andere	4	3
		45 %	26 %
Bürgerblock ³	SP	1	1
	Bürgerblock ³	36	46
	andere	2	3
		39 %	50 %
andere	SP	4	1
	Bürgerblock ³	7	9
	andere	5	14
		16 %	24 %
		100	100

¹ Mittelschulabsolventen aus Nichtakademikerfamilien

² Mittelschulabsolventen aus Akademikerfamilien

³ FDP, CVP, SVP

In der Tabelle sind nur Mittelschulabsolventen berücksichtigt, die eine Parteipräferenz bezeichnet haben.

Wie sind diese Unterschiede zu interpretieren? Dass der «Aufsteiger» weniger oft mit seinem Vater parteipolitisch einiggeht als der «Stabile», ist an sich leicht einzusehen, sammelt er doch persönliche Erfahrungen in zwei Bildungsschichten, in zwei verschiedenen sozialen Milieus. Aber weshalb die Sympathie zur SP? Die vielleicht nächstliegende Erklärung, dass die Väter dieser «Aufsteiger» sehr stark im sozialdemokratischen Lager verwurzelt seien und deren Parteifarbe auch die politische Orientierung der Söhne präge, hat sich als falsch erwiesen: Die Väter beider Befragten-Gruppen sind gleichermaßen stark dem *Bürgerblock* verhaftet.

Bei den wenigsten «Aufsteigern», von denen hier die Rede ist, handelt es sich um Arbeitersöhne. In der Schweiz vollzieht sich sozialer Aufstieg in der Regel *stufenweise*, das heisst er erstreckt sich meist über zwei oder mehr Generationen. Viele «Aufsteiger» sind Söhne von Gewerbetreibenden, Beamten und kaufmännischen Angestellten. Ihre *Grossväter* mögen einmal Arbeiter gewesen sein.

Die Eltern dieser «Aufsteiger» sind im Durchschnitt finanziell zwar etwas besser gestellt als Eltern der gleichen Schicht, deren Kindern der Besuch einer höheren Schule verwehrt blieb, aber sie stehen schlechter da als die durchschnittliche Akademikerfamilie. Strebsamkeit, Tüchtigkeit und Ehrgeiz spornten sie an, aus ihren Söhnen «etwas zu machen». Ihr

leistungsorientiertes Denken, ihr Lebensstil, ihr ganzer Habitus sind «bürgerlich», also auch ihre Parteipräferenz.

Sozialwissenschaftler konnten in zahlreichen Untersuchungen feststellen, dass der Aufsteiger, der allmählich in ein neues soziales Milieu hineinwächst, sich gleichzeitig von seinem Herkunftsmilieu distanziert und die Einstellungen, Normen und Werte derjenigen höheren sozialen Schicht beziehungsweise Statusgruppe übernimmt, deren Mitglied er werden möchte. Man bezeichnet diesen Anpassungsprozess als «antizipatorische Sozialisation». Dieser Theorie zufolge müssten sich unsere «Aufsteiger» ebenso an den Grundpfeilern bürgerlicher Politik zu orientieren versuchen wie ihre aus der Bildungsoberschicht stammenden Studienkollegen, die wir hier «Stabile» genannt haben.

Viel Bildung, wenig Einkommen

Also warum denn dieser Prozentsprung zwischen den beiden Befragten-Gruppen? Weshalb die offensichtliche Rebellion der «Aufsteiger» gegen ihre Väter, die ihnen diesen Aufstieg überhaupt erst ermöglicht haben? Antworten auf diese Fragen finden sich möglicherweise, wenn wir uns die *sozioökonomische Situation* des «Aufsteigers» vergegenwärtigen. Es trennen ihn noch viele Studienjahre von der definitiven Aufnahme in die nächsthöhere Schicht, deren Lebensstil und Statussymbole für ihn nach wie vor nicht zugänglich sind. Die später vielleicht einmal zu erntenden Früchte dieses Aufstiegs sind für ihn einstweilen nicht greifbar. Sein bevorstehendes Studium wird ihm während fünf und mehr Jahren zahlreiche Opfer abverlangen. Er ist mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit Werkstudent und/oder Stipendiat und damit auf das Existenzminimum gesetzt. Ein «fröhliches Studentenleben» steht für ihn überhaupt nicht zur Diskussion. Er hat zwar bezüglich Bildung mit der Oberschicht gleichgezogen, aber materiell bedeutet sein Studium für ihn Verzicht, vorübergehend sogar Abstieg, vielfach Ohnmacht, Ausgeliefertsein. Er stellt sich während längerer Zeit finanziell schlechter, als wenn er, wie sein Vater, eine Berufslehre absolviert hätte.

Dieses *Statusungleichgewicht* (hoher Bildungsstatus, tiefer Einkommensstatus) fördert eine gesellschaftskritische Haltung. Dies haben zahlreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen. Es fördert auch die Rebellion gegen den angepassten, systemkonformen, dem Leistungsdenken verhafteten Vater, der es «zu etwas gebracht» hat und dem nun auch für seinen Sohn nur das Beste gut genug ist.

Die *Sozialdemokratische Partei* ist für den «Aufsteiger» wohl deshalb ein glaubwürdiger Interessenvertreter, weil sie sich vor allem im sozialpolitischen Bereich engagiert, weil ihr die Chancengleichheit (unter anderem im Bildungsbereich) ein wichtiges Anliegen ist und weil sie die Interessen der Unterprivilegierten vertritt, zu denen sich der «Aufsteiger» zählt, obschon er studieren «darf», also das Privileg eines Studiums genießt.

Sein subjektiver Eindruck, unterprivilegiert zu sein, entsteht dadurch, dass er seine persönliche Situation nicht an derjenigen seiner einstigen Schulkameraden misst, die nun statt eines Studiums eine Lehre absolvieren. Denn mit ihnen unterhält er kaum mehr Kontakte. Die *Referenzgruppe* ist nunmehr eine andere: Er zieht den Vergleich mit jenen Kommilitonen, die den Erwerb eines akademischen Titels anpeilen können, *ohne* sich über die Studienfinanzierung und die vielfältigen Probleme, die damit zusammenhängen, grosse Sorgen machen zu müssen.

Zurück ins bürgerliche Lager?

Eine interessante Perspektive könnte unter Umständen eine Langzeitstudie eröffnen, die Aufschluss über einen allfälligen *Wandel* politischer Einstellungen im Laufe des Studiums beziehungsweise beim Eintritt ins Berufsleben und während der späteren akademischen Laufbahn gäbe.

Es wäre durchaus denkbar, dass mit dem Wegfall des Statusungleichgewichts, also wenn eine akademische Karriere einmal ein adäquates Einkommen abwirft, Einstellungsänderungen im politischen Bereich einhergehen, die zu einem Wechsel der Parteipräferenz (zurück ins bürgerliche Lager des aufstiegsorientierten Vaters?) führen. Die Richtigkeit dieser provokanten These lässt sich zwar mit keinerlei repräsentativem Zahlenmaterial belegen. Immerhin geben zahlreiche Beobachtungen – etwa an Klassenzusammenkünften ehemaliger Mittelschüler – Anlass, sie aufzustellen. Mit dem Zeitpunkt, da Jeans mit dem Massanzug, der Döschwo mit dem Mercedes, die Studentenbude mit der Attikawohnung und die Jugendherberge mit dem Viersternhotel vertauscht werden, könnte durchaus auch der Moment für die Wahl einer dezenteren Parteifarbe gekommen sein. Diese «verblässende Röte» mancher junger SP-Sympathisanten, die sich nie wirklich für die Partei engagiert haben – sie sei hier als *reine Spekulation* zur Diskussion gestellt –, müsste allerdings erst noch in einer Untersuchung nachgewiesen werden.